

Kommen „bezahlbare“ Wohnungen ?

Die BALL-Fraktion hatte die Verwaltung gebeten zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, um über das neue Landesprogramm zur Schaffung von „bezahlbarem Wohnraum“ in Barmstedt zu weiteren Mietwohnungen zu kommen. Die Stadtverwaltung war sehr schnell, und noch schneller stand ein Investor – H. W. Rahtjens – bereit, um möglicherweise 40 Wohnungen entlang der Bahn am Ende der Norderstrasse zu bauen. Die Maximalmiete läge bei 5,50 Euro/m², und knapp ein Drittel der Wohnungen würden mit Paragraph 5-Schein für Personen mit besonders dringendem Bedarf vergeben. Die Mietpreisbindung läge bei 25 Jahren. Während alle Fraktionen in der Stadtvertretung sich dafür aussprachen die Möglichkeiten des Förderprogramms zu nutzen, gab es Zweifel, ob das Gelände an der Bahn geeignet ist. BALL-Stadtvertreterin Mareyke Herrmann beantragte, dass zunächst der Bauausschuss sich damit befassen müsse, bevor ein Aufstellungsbeschluss für die Bebauungsplanänderung gefasst wird. Zudem müsse die Stadt nach Auffassung der BALL auf jeden Fall zügig nach anderen Flächen für den Bau von Sozialwohnungen Ausschau halten. „Bei 40 Mietwohnungen muß es genügend große Bewegungs- und Grünflächen für Kinder und Mieter geben, und Stadt und Einkaufsmöglichkeiten müssen für ältere Menschen erreichbar sein“, so Mareyke Herrmann. Doch eine Mehrheit der Stadtvertretung fasste kurzerhand den Aufstellungsbeschluss für die Norderstrasse, allerdings mit der Zusatzbemerkung, dass die Planungen bei zu vielen Einwänden gestoppt werden.

„ZBI-Gruppe“ kauft 271 Adlershorst-Wohnungen:

Jetzt Miete zahlen für mehr Profit

Adlershorst hat alle 271 Wohnungen in Barmstedt an die „ZBI-Gruppe“ verkauft. Die Wohnungsverwaltung erfolgt weiterhin über Adlershorst. Riesensauerei: Die Mieter wurden vorab nicht informiert. Genauso schlimm: Auf Nachfrage der BALL-Fraktion in der Stadtvertretung hat die Stadt Barmstedt vom anstehenden Verkauf Kenntnis erlangt, es jedoch nicht für

lung überdurchschnittlicher Erträge“ bei „Wohnimmobilien“ an. Die ZBI-Gruppe sammelt von „Investoren“ und Geldanlegern Geld für Immobilienfonds ein, kauft Wohnungen und Gewerbeimmobilien, verwaltet diese und verkauft sie zu gegebener Zeit wieder. Insgesamt verwaltet die ZBI-Gruppe ca. 40.000 Wohnungen mit rund 2,5 Mrd. Euro Investitionsvolumen. So wird die ZBI-Gruppe angeprie-

Die Barmstedter Wohnungen sind im geschlossenen „ZBI-Fonds Professional 7“ gelandet, der insgesamt 1169 Wohneinheiten, 68 Gewerbeimmobilien sowie 443 PKW-Stellplätze und Garagen umfasst. Diese Immobilien befinden sich u. a. in Berlin, Halle und Lübeck. Den Käufern der Fondsanteile werden ab 1.1.2014 Verzinsungen von 5%, ab 2018 von 6% versprochen sowie bei Verkauf

chen Steuergeldern geförderte Sozialwohnungen waren, zu verscherbeln und dem Profitstreben solcher Immobilienhaie auszuliefern, und das ohne Mitspracherechte der Mieter. Dass dies jedoch so ist, haben die verschie-

denen Regierungen von SPD/Grüne bis CDU/FDP zu verantworten, die solche Geschäfte möglich machten und alle für keinen hinreichenden Mieterschutz gesorgt haben.



nötig befunden Mieter, Öffentlichkeit und den Hauptausschuss der Stadt darüber zu informieren. So wurden geschickt Proteste gegen den Verkauf verhindert, und es gab auch keine Möglichkeit über eine andere Trägerschaft in öffentlich-gemeinnütziger Form nachzudenken. Die ZBI-Gruppe strebt die „Erzie-

sen: „[Sie] akquiriert attraktive Immobilien zu sehr günstigen Einkaufspreisen, [sie] „veredelt“ diese Wohnimmobilien technisch und kaufmännisch, und am Ende dieses in der Vergangenheit schon erfolgreich begangenen Weges steht die Veräußerung der Immobilien zu einem deutlich höheren Preis.“

eine Kapitalverzinsung von 7,5% ab 2013. Es ist völlig klar, dass diese Renditen sowie die Profite der ZBI-Gruppe auf verschiedenen Wegen weitgehend von den Mietern aufgebracht werden.

Die BALL erklärt: Der Skandal besteht darin, dass es überhaupt möglich ist so große Wohnungsbestände, die einst mit erhebli-

ÜBER 20 PARTY

23 Jahre BALL-Zeitung:
Damit man draußen sieht,
was im Rathaus geschieht!

Sa.27.04.2013

in der Aula der
Gemeinschaftsschule

Mieter und Eigenheimbesitzer zahlen 100.000,- Euro mehr:

Grundsteuererhöhung beschlossen

Die Grundsteuern A und B steigen in diesem Jahr um 30 Punkte auf 380. Das beschlossen FWB, CDU und SPD auf der Stadtvertreterversammlung am 26.2.2013. Die BALL lehnte die Grundsteuererhöhung ab. Die Grundsteuer wurde u. a. erhöht, um die von der Landesregierung gesetzten Auflagen zur Erlangung eines Fehlbetragszuschusses zu erfüllen. Dieser würde sich auf vielleicht ca. 100.000,- Euro belaufen für die Jahre 2012 und 2013. Die BALL dazu: Es ist erpresserisch und verstößt gegen das Recht auf Selbstverwaltung, wenn den Gemeinden von der SPD/Grünen-Landesregierung – ebenso wie von der Vorgänger-



regierung – genaue Auflagen gemacht werden, wie sie die Bürger schröpfen müssen, um einen kleinen Zuschuss zur Verbesserung der

Haushaltslage zu erhalten. Weder mit der Grundsteuererhöhung und dem Fehlbetragszuschuss ist die Finanznot Barmstedts zu be-

wältigen: Das Defizit im Verwaltungshaushalt bliebe immer noch bei 2 Mio. Euro. Es gibt Alternativen: Die Gemeinden müssen sehr viel höhere Steueranteile erhalten, um die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Dazu ist u. a. die Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht vor allem des großen Kapitals, der Reichen und Superreichen erforderlich, wodurch dem deutschen Staat jährlich ca. 190 Milliarden an Einnahmen verloren gehen. Würden davon nur 100 Milliarden auf die Gemeinden aufgeteilt, hätte Barmstedt jährlich rund 10 Millionen an Mehreinnahmen: es gäbe kein Haushaltsdefizit und die 17 Mio. Schulden wären schnell ge-

tilgt. Darüber hinaus fordern das Bündnis „umFAIRteilen“, Gewerkschaften und LINKE eine höhere Besteuerung von Millioneneinkommen und riesigen Vermögen: weitere rd. 80 Milliarden an Einnahmen könnten erzielt werden. Doch wer sich in erster Linie als Interessenvertreter von Banken, Konzernen und Superreichen versteht, dem bleibt immer nur der Zugriff auf die Taschen der Bürger, und das wird dann als „alternativlos“ bezeichnet. „Mit dieser Grundsteuererhöhung werden 100.000,- Euro im Jahr von Mietern und kleinen Eigenheimbesitzern zusätzlich abkassiert. Das lehnt die BALL ab. Wir lassen uns nicht erpressen, und wir beteiligen uns nicht daran die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Bevölkerung abzuwälzen“, erklärte BALL-Fraktions Sprecher Dr. Günter Thiel.

Auch Stadtwerke und Werkausschuss empört:

Privatisierung der Wasserwerke

Die BALL-Fraktion bat Stadtwerkeleiter Freyermuth die Barmstedter Öffentlichkeit über die Pläne der EU-Kommission zur Privatisierung der kommunalen Wasserwerke zu informieren. Das Barmstedter Wasserwerk gehört zu 100 % der Stadt und damit den Bürgerinnen und Bürgern Barmstedts. Der Stadtwerkeleiter und der städtische Werkausschuss waren gemeinsam empört über die Pläne der EU-Kommission, und es wurde geraten auf vielfältige Weise gegen die Pläne zur „Liberalisierung“ der Wasserversorgung zu protestieren.

International agierende Konzerne - Veolia, Suez, RWE, Nestle - haben durch gezielte „Lobbyarbeit“ dafür gesorgt, dass die Wasserversorgung künftig EU-weit ausgeschrieben werden soll. Bei einer EU-weiten Ausschreibung könnten sich in unserer Stadt gewinnorientierte Konzerne für die Wasserversorgung bewerben, und die Stadt wäre

gezwungen die Konzession nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vergeben. Die Folgen für die Bevölkerung: Drastisch steigende Wasserpreise bei gleichzeitig sinkender Qualität und geringe-



ren langfristigen Unterhaltungsinvestitionen. In Portugal sind die Auswirkungen der Wasserprivatisierung gut zu erkennen: Der Preis für das Trinkwasser stieg um ca. das Vierfache, und das Wasser ist ungenießbar. Von der geplanten Privatisierung innerhalb der EU-Staaten dürfte vor allem der französische Konzern Veolia profitieren. Dieser hat keinen geringen

Einfluss auf die EU-Kommission. Bereits in 72 Ländern treibt Veolia seine Geschäfte. In Deutschland ist Veolia u. a. in Berlin seit 1999 zusammen mit dem RWE-Konzern mit 49,9 % an der Trink-

wasserversorgung beteiligt. Die Berliner Bürger allerdings wollen das Trinkwasser wieder komplett in ihrer Hand wissen und erreichen per Volksentscheid, dass der Berliner Senat die Rekommunalisierung vorantreiben muss. Aber Veolia hat auch in den neuen Bundesländern sowie in Niedersachsen und in Hessen zahlreiche Beteiligungen an Wasserwerken

erlangt. Die UNO hat auf Initiative Boliviens, wo eine Privatisierung der Wasserversorgung durch entschlossene Proteste der Bevölkerung verhindert wurde, beschlossen: „Wasser ist ein Menschenrecht“. Und genau so nennt sich auch die Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative, mit der die Privatisierung unseres Trinkwassers verhindert werden soll. Mehr als 1,2 Millionen Unterschriften sind inzwischen gesammelt, um die EU zur Zurücknahme ihrer Pläne zu zwingen. Die Proteste zeigen erste Wirkung: Der zuständige EU-Kommissar hat angekündigt, kommunale Wasserwerke von der Pflicht zur Ausschreibung auszunehmen, sofern sie mindestens 80 % ihres Wassers in der Gemeinde verkaufen. Dennoch: Bis zur Umsetzung dieser Ankündigung müssen die Proteste weiterlaufen. Also: Unter www.right2water.eu/de die Protestwelle noch mächtiger machen.

Interview mit Franz-Josef Sitta, von der Bürgerinitiative:

„Rettet den Lillschen Hügel“

BALL-Zeitung: Herr Sitta, was will die Bürgerinitiative „Rettet den Lillschen Hügel“ erreichen?

Wir wollen erstens, dass die Barmstedter Bürger mit einem Bürgerentscheid die Frage klären dürfen, ob auf dem Gelände des Lillschen Hügels ein neues Baugebiet entstehen soll oder besser nicht, und wir wollen zweitens verhindern, dass sich die Stadt mit dem Bau einer Umleitung der Krückau in ein ökologisches und finanzielles Abenteuer stürzt.

Was haben Sie gegen ein neues Baugebiet im Süden der Stadt?

Baugrundstücke für ca. 50 Einfamilienhäuser nebst Zuwegung benötigen eine Fläche von ca. 30.000 m², die Hälfte der Gesamtfläche des Lillschen Hügels. Konkrete Zahlen wurden bisher nicht genannt. Die Angaben reichen von „dezenter Bebauung“ bis zu „15 bis maximal 30 Grundstücken“. Zusammen mit den Siedlungen Heederbrook und Altweiberviertel würde aber praktisch ein neuer Stadtteil „Barmstedt Süd“ entstehen. Nach dem geltenden Flächennutzungsplan soll sich die Stadt eigentlich in Richtung Norden entwickeln.

Was schlagen Sie für die künftige Nutzung des Lillschen Hügels vor?

Dieses Gelände bietet vielfältige Möglichkeiten, unsere kleine Stadt mit See, Schlossinsel, Wassermühle, Seepark und Kircheninsel noch attraktiver zu machen, wenn es für die Nutzung durch die Allgemeinheit offen bleibt und nicht bebaut wird. Es könnte die gute grüne Stube der

Stadt werden, ein Treffpunkt ihrer Bürger und ein Anziehungspunkt für Gäste aus nah und fern. An solch einem Konzept zu arbeiten, wäre nach der Kommunalwahl im Mai eine vornehme Aufgabe der neuen Stadtvertreter, wie es ebenso vornehme Aufgabe der scheidenden Stadtvertreter wäre, die Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Nachfolger nicht ohne Not einzuschränken.

Warum sind Sie gegen die geplante Umleitung der Krückau?

Unsere Stadtvertreter wollen mehrheitlich (FWB und SPD gegen BALL und CDU) angeblich in Erfüllung einer EU-Richtlinie zur Verbesserung der Wasserqualität einen 850 m langen Kanal zur Umleitung der Krückau bauen, um Fischen und wirbellosen Wassertieren die Umgehung des Mühlenwehrs zu ermöglichen.

Zweifeln Sie an diesem Plan?

Ich zweifle nicht nur, ich bin mir ziemlich sicher, dass er nicht funktionieren wird. Dafür gibt es gewichtige Gründe in der Architektur des Wasserbaus und vor allem aber auch in der biologischen Struktur dieses künstlichen Fließgewässers.

Fische besitzen für ihre Navigation wichtige Sensoren: Sie messen Strömungsverhältnisse, Wassertemperatur und Wassergeschmack. Ein Fisch, der aus Elmshorn kommend über den geplanten Kanal nach Langeln an potentielle Laichplätze geführt werden soll, muss zahlreiche Richtungsänderungen vornehmen, wenn er nicht in einer Sackgasse enden will: Aus der Krückau in die Schleusenau, aus der Schleu-

senau in den Heederbrooksbach und von dort in den Umleitungskanal. An jeder Abzweigung ist die Strömung so zu gestalten, dass der Fisch dem geplanten Aufstiegsweg tatsächlich folgt. Das mag möglich sein – geprüft und bewiesen wurde es bisher nicht. Es gibt in Deutschland keinen einzigen vergleichbaren Fall. Aber es gibt tausende naturnah gebaute Fischtreppen, wie sie auch bei uns mit einem Zehntel der Kosten bereitgestellt werden könnte. Und unser Fisch muss unter der Spitzerfurth durch eine 25 m lange dunkle künstliche Wellstahl-Röhre schwimmen über der starker Straßenverkehr donnert. Er wird es nicht wollen!

Was hat es mit Wassertemperatur und Geschmack auf sich?

In den Umleitungskanal soll das Siel des Meiereigrabens einmünden. Dieses Siel befördert das stark verschmutzte Regenwasser der Innenstadt und jährlich bis zu 500.000 m³ industrielles Abwasser der Meierei in Form von Kühl- und Brüdenwasser, das bei der Verdampfung der Milch anfällt. Es ist deshalb sehr viel wärmer als das Krückauwasser, und es enthält die Aromen der verarbeiteten Milch. Im Vergleich zum Menschen verfügen Fische über tausendfach empfindlichere Geschmacksnerven. Besonders in Zeiten anhaltender Trockenheit wird den Fischen eine unappetitlich angewärmte Brühe mit Milchgeschmack entgegen schwallen. Sie werden es nicht mögen!

Und warum finanzielles Abenteuer?

FWB und SPD hoffen, aus dem

Weiterverkauf von Grundstücken an Bauwillige so viel Überschuss zu erzielen, dass sie damit den Erwerb des Lillschen Hügels 1,3 Mio Euro, plus Erschließungskosten 1,7 Mio Euro, plus den städtischen Anteil an den Baukosten des Kanals finanzieren können. Diese trügerische Hoffnung hat die FWB „Schwarze Null“ getauft. Der vorsichtige hanseatische Kaufmann würde dazu sagen: „Thetje mit de Utsichten“. Im Haushaltsplan der Stadt für 2013 sind jedenfalls neue Schulden in Höhe von ca. 1,2 Mio Euro vorgesehen. Mehr als die Hälfte davon wird für die erste Rate des Kaufpreises für den Lillschen Hügel bezahlt, übrigens ein Preis der mindestens 4 mal so hoch ist wie der Marktpreis und 10 mal höher ist als der Preis, den das Land für die Zuschussung akzeptiert. Die Zinsen für Altschulden, belasten den Barmstedter Steuerzahler heute schon mit rund einer dreiviertel Million Euro.

Wie steht es mit den Unterschriften für die Beantragung des Bürgerentscheids?

Wir haben schon 490 Unterschriften, benötigen aber 260 mehr, um den Bürgerentscheid beantragen zu können. Deshalb bitten wir weiter um rege Beteiligung. Wir haben sehr erfreut zur Kenntnis genommen, dass auch der Herr Bürgervorsteher wünscht, dass möglichst viele Bürger dieses Recht in Anspruch nehmen. Unterschriftenliste aufrufen unter www.ball-barmstedt.jimdo.de oder ganz einfach anrufen bei Franz-Josef Sitta Tel. 6110.

Wasserpreis-erhöhung vorerst gestoppt

Der Wasserpreis sollte ab 1.4.2013 um insgesamt etwa 17 % für normale Haushalte steigen. Begründet wurde die Erhöhung mit höheren Kosten für die Instandhaltung und den Neubau von Brunnen. Auf der Werkausschusssitzung war die Entscheidung über die Wasserpreiserhöhung auf die Stadtvertretung vertagt worden. Doch diese erhöhte die Wasserpreise nicht – zumindest vorerst nicht. Erhöhung der Strompreise um 20 % in den letzten zwei Jahren, Erhöhung der Grundsteuer – da wäre eine Wasserpreiserhöhung um 17 % drei Monate vor der Kommunalwahl nicht so günstig. Die Proteste der Bürger gegen die letzten Erhöhungen wirkten bei FWB, CDU und SPD nach. Zudem gab es Zahlenwirrwarr: Im Werkausschuss war noch die Rede von etwa 50.000,- Euro Jahresverlust, wenn die Preise nicht erhöht werden, eine Woche später hatte sich der Verlust auf 26.000,- Euro halbiert. Die BALL hatte bereits in der Werkausschusssitzung gegen die geplante Wasserpreiserhöhung argumentiert: „Alle Brunnen in Barmstedt in etwa 30-Meter-Tiefe sind schadstoffbelastet und

nicht mehr nutzbar. So ist es bei vielen Wasserwerken. Pestizide, Nitrate, mancherorts bereits Uran, das aus den phosphathaltigen Düngemitteln stammt – die Chemiekonzerne in Zusammenwirken mit der industriell gestalteten Agrarwirtschaft sorgen für die zunehmende Schadstoffbelastung des wichtigsten Lebensmittels. Während die Chemiekonzerne an jeder Tonne Gift, das über die Felder gestreut wird, gut verdienen, werden die Folgekosten – z. B. für Brunnenneubauten in größerer Tiefe – auf die Wasserverbraucher abgewälzt. Zudem kritisiert die BALL die Systematik der Preisgestaltung: Nach Auffassung der BALL müssen normale Haushaltsverbrauchsmengen zu niedrigen Preisen geliefert werden, höherer Verbrauch hingegen muss entsprechend teurer werden. Und: Selbst wenn der Wasserverkauf ein leichtes Defizit erbringt, so ist das für das wichtigste Lebensmittel gerechtfertigt. Zudem würden die Stadtwerke beim Wasservertrieb kräftige Gewinne machen, wenn nicht die Meierei 300.000 m³ Wasser umsonst aus der Wasserader, von der ganz Barmstedt lebt, wegschöpfen dürfte.“

Stromsozialtarif: Nachbesserung notwendig!

Seit 2009 gibt es bei den Stadtwerken Barmstedt einen Strom-Sozialtarif. Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung hat sich für diesen Sozialtarif stark gemacht, und letztlich wurde er von allen beschlossen. Durch den Strom-Sozialtarif entfällt die Grundgebühr, weiterhin gibt es pro Haushaltsmitglied 250 kWh im Jahr umsonst.

Zur Zeit nutzen rund 160 Haushalte diesen Strom-Tarif. Es sind jedoch etwa doppelt so viele Haushalte anspruchsberechtigt. Manche wissen immer noch nichts von dieser Möglichkeit, oder sie wissen nicht, wie der Antrag zu stellen ist. Deshalb informiert die BALL nochmals darüber:

Den Strom-Sozialtarif können beantragen:

- Bezieher von Arbeitslosengeld II („Hartz-IV“)
- Grundsicherungsrente
- Hilfe zum Lebensunterhalt („Sozialhilfe“)

Der Strom-Sozialtarif wird so beantragt:

1) Man geht mit dem letzten Leistungsbescheid über das Arbeitslosengeld II im Barmstedter Rathaus in das „Amt für Soziales“ (durch die Eingangshalle; rechter Gang). Bei Bezug von Grundsicherungsrente oder Hilfe zum

Lebensunterhalt liegen die Unterlagen bereits vor. Das Sozialamt stellt einen Berechtigungsschein aus.

2) Diesen Berechtigungsschein bringt man ins Kundenzentrum der Stadtwerke (im Rathausgebäude), und fertig.

3) Nach sechs Monaten muss der Berechtigungsschein erneuert und wieder bei den Stadtwerken vorgelegt werden.

Seit 2011 haben die den Markt beherrschenden Energiekonzerne sowie die CDU/FDP-Regierung mit ihrer die Großverbraucher und Energiekonzerne begünstigenden Abgabepolitik starke Strompreiserhöhungen durchgesetzt, die auch von den Barmstedter Stadtwerken weitgehend weiter gegeben wurden. Allein die beiden letzten Strompreiserhöhungen betragen rund 20 %. Damit die Unterstützung von Haushalten mit sehr geringem Einkommen nicht weiter abgebaut wird, hat die BALL im Werkausschuss der Stadt beantragt, dass die Freimenge beim Strom-Sozialtarif auf 300 kWh pro Haushaltsmitglied erhöht wird. FWB, CDU und SPD lehnten dies jedoch ab. Die BALL wird jedoch in dieser Frage am Ball bleiben.